

Sachsen-Zeitung

Nationale Tageszeitung für Landwirtschaft, Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter

Die „Sachsen-Zeitung“ erscheint täglich nachmittags 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis: Bei Abholung in den Geschäftsstellen und Ausgabestellen 2.— Mark im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,30 Mark, bei Postbestellung 3.— Mark einschließlich Abzug von Post- und Vertriebskosten. — **Früher: Wilsdruffer Tageblatt**



Anzeigepreis: die 8-spaltige Raumzeile 20 Goldpfennig, die 2-spaltige Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Goldpfennig, die 3-spaltige Reklamazeile im täglichen Teile der Zeitung 100 Goldpfennig. Nachweisungsgebühr 20 Goldpfennig. Fernruf: Amt Wilsdruff Nr. 6

Nr. 141 — 83. Jahrgang.

Tel.-Nr.: „Sachsenzeitung“

Wilsdruff-Dresden.

Postfach: Dresden 2640

Donnerstag, 19. Juni 1924

Italienische Krise.

Viele tausend Deutsche haben als Reisende das Italien Mussolinis kennen gelernt und werden, wenn sie früher, vor dem Kriege, in Italien gewesen sind, festgestellt haben, daß sich gar vieles dort unten geändert hat. Die Eisenbahnzüge kommen mit einer fast unheimlichen Pünktlichkeit an, was in Italien früher ein unmögliches Vorkommnis war. Dafür befindet sich aber auch auf jeder Station ein Postbüro, das Besäuernden über den Eisenbahnverkehr entgegenkommt.

Das ist ein kleines Beispiel dafür, wie der Faschismus seitweilen noch neben der offiziellen Staatsverwaltung steht und sie besonders in den Grenzgebieten in schärfster Form beeinflusst und nach einer bestimmten Richtung maßgebend beeinflusst. Gegner sind nicht mehr da, und die Mehrzahl derer, die es waren, hat Mussolini einfach zur Mitarbeit herangezogen. Verschmelzt ist die Partei der Popolaren, die dem deutschen Zentrum entspricht; auf Geheiß des Vatikans zog sich ihr Führer, Don Sturzo, aus dem politischen Leben zurück. Die demokratisch-liberalen Parteien sind vernichtet und ihr Führer Nitti ging ins Ausland. Die früher in Italien allmächtige Freimaurerloge — ihr Großmeister Ruffini, der Bürgermeister von Rom, war einer der Haupttreiber zum Krieg gewesen — ist völlig einflusslos geworden und der Faschismus legt größtes Gewicht auf ein gutes Einverständnis mit dem Vatikan.

Auch mit den Gewerkschaften, von denen zwei Führer als Unterstaatssekretäre dem Kabinett Mussolini angehören. Darum hat Mussolini nun wohl mit ganz besonderer Entschiedenheit sagen können: „Gott schütze mich vor meinen Freunden!“ die dem sozialistischen Abgeordneten Matteotti umgebracht haben oder jene, die die Flucht der Arbeiter begünstigten. Und man muß gestehen, daß der „Duce“, der „Herr“ Mussolini sehr energisch durchgreift. Den veranwortlichen Unterstaatssekretär des Innenministeriums hat er eben „abgefischt“ und verhaften lassen, wie den Generaldirektor der Polizei von Rom und das alles hat das Kabinett schließlich zur Demonstration veranlaßt, seine Vorlesungssitzung zum Verfall zu stellen. Er selbst hat das Innenministerium, das er persönlich leitete, abgegeben, damit offenbar ein neuer Wesen erhebliche Mängel aussehnen kann. Von entscheidender Wichtigkeit aber ist, daß sogar sein bester Freund, der Presseschef Rossi verhaftet wurde.

Bei der tatsächlichen unumschränkten Herrschaft, die Mussolini über die Kammer und durch die Kammer besitzt, kann man ihm glauben, daß er die ganze Attentatsaffäre auf Matteotti mit allem ihrem Drum und Dran restlos aufzuklären bemüht sein wird und gar nicht daran denkt, Rücksichten auf etwa beteiligte Parteimitglieder zu nehmen. Er ist stolz darauf, daß der Siegesszug des Faschismus so gut wie unvollständig erfolgt ist, und gerade dies hat ja außerordentlich viel dazu beigetragen, daß viele von den Gegnern gewonnen werden konnten. Daß man aber jetzt auch von dem Willen Mussolinis zu dieser rücksichtslosen Verfolgung aller Schuldigen überzeugt ist, kommunistische Demonstrationen sind mühselos unterdrückt worden und es ist eine zweifelhafte Überflüssigkeit, wenn das Mailänder Faschistenorgan, der „Popolo d'Italia“ die Partei Mussolinis zu fester Geschlossenheit und Entschlossenheit auffordert. Die sozialistische Parteilitung hat bezeichnenderweise auch ihre Anhänger veranlaßt, die kommunistischen Generalfeststellungen abzuwehren.

Im übrigen soll die Veranlassung zu der Mordtat nichts anderes gewesen sein als die Furcht vor den Kennzeichen, die Matteotti über die Korruption im Ministerium des Innern besaß. Der unbehagliche Mitwisser von allerhand Schieberereien mußte bestraft werden. Das wäre noch nicht so schlimm, aber Mussolini hat noch vor zwei Tagen seinem Freund Rossi den wärmsten Dank für den Mordtät ausgesprochen, seine politische Einsicht hervorzuheben. Und der ist jetzt verhaftet worden! Ebenso der Advokat Filippelli, der Herausgeber des faschistischen Blattes „Corriere Staleno“, der mit großen Geldmitteln eine Flucht versucht hatte.

Neue Regierung in Sicht?

Aus Paris meldet man, daß die Fernsprecheverbindungen mit Italien unterbrochen sind. Man will wissen, daß Mussolini sein Rücktrittsgesuch eingereicht habe. Man sei bereits mit der Bildung des neuen Kabinetts beschäftigt, in dem außer Mussolini drei frühere Ministerpräsidenten seien: Orlando, Salandra und Violletti. Die Würdenträger des Annunziotenordens sind vom König zusammenberufen worden. Gerüchtele verlaufen, daß die Kammer bestes, auch Männer der Opposition in die Regierung aufzunehmen. Allgemein betrachtet man die Lösung der Krise als schwer. Um allen Unruhen, Ausgebungen und Streitigkeiten vorzubeugen, hat das Innenministerium die Besatzung von Rom verstärken lassen. Im Kolosseum und im Botanischen Garten lagern starke Truppenabteilungen. Streikmanifester wurden beschlagnahmt und einige Streikagitatoren verhaftet. — Nach Meldungen aus Rom hat Mussolini ein Direktorium von elf faschistischen Administratoren ernannt und Federzoni zum Minister des Innern bestimmt.

Herriots Regierungserklärung.

Die Aufnahme des Programms des Kabinetts Herriot.

Die Kammer Sitzung.

Paris, 17. Juni. Die heutige Kammer Sitzung, in der die Botschaft des Präsidenten der Republik und die Regierungserklärung verlesen wurde, fand unter ungeheurem Zulauf statt. Sofort nach der Eröffnung der Sitzung durch den Präsidenten Painlevé.

Verlas der Ministerpräsident Herriot die Botschaft des Präsidenten der Republik und gab dann seine Regierungserklärung ab.

In der Botschaft Doumergues wird die Unterstützung der beiden Kammern für die Erfüllung der schweren Aufgaben des Präsidenten erbeten und dann u. a. gesagt:

Unser Land hegt keinen gefährlichen Ehrgeiz. Es verlangt nur Zahlung der Reparationen, die ihm feierlich versprochen wurden, und Sicherheitsgarantien, die nicht illusorisch sind. Durch das Gutachten der Sachverständigen scheint die Reparationsfrage einer demnächstigen Lösung entgegengeben zu werden. Aber wir dürfen in unserem persönlichen Willen nicht so weit gehen, unsere Wachsamkeit einzuschläfern, um die Lehren der Vergangenheit zu vergessen. Frankreich darf nicht auf Kontrolle verzichten, die es kraft der Friedensverträge über einen Besiegten ausübt, der den Anschein erweckt, daß er Revanche vorbereitet, anstatt das unterzeichnete Versprechen einzuhalten. Parlament wie Land lieben den Frieden ebenso sehr nach außen als auch im Innern, und werden sich daher bemühen, den einen wie den anderen auf fester Grundlage aufzubauen. Mein innigster Wunsch ist hierbei, soweit es die Verfassung erlaubt, zu helfen, und Frankreich auch weiterhin meine Erfahrung und Hingabe zur Verfügung zu stellen.

Paris, 17. Juni. Die Regierungserklärung, die heute nachmittags in der Kammer vom Ministerpräsidenten Herriot, im Senat vom Justizminister Renaudin im Anschluß an die Botschaft des Präsidenten Doumergues verlesen worden ist, beginnt mit den Worten:

Die Regierung, die sich Ihnen vorstellt, hat die Pflicht, den von der Wählerstimme am 11. Mai zum Ausdruck gebrachten Willen in die Tat umzusetzen.

Im Innern wie nach außen hat die Regierung nur ein Ziel: Frankreich den Frieden zu geben, den es so sehr verdient, zunächst den moralischen Frieden.

Weiter ist unser Ehrgeiz, Frankreich den sozialen Frieden zu geben.

Die Erklärung kündigt an, daß die Regierung noch heute einen großen Amnestie-Entwurf einbringen, der nur Verräter und Fahnenflüchtige ausschließt, und der die Wiedereinbringung der beim Streik entlassenen Eisenbahnarbeiter betreiben wird.

Die Regierungserklärung streift ferner die endgültige gesetzgeberische Vereinigung Elsaß-Lothringens mit dem alten Frankreich.

Die Erklärung kündigt die Aufhebung des Generalkommissariats an und geht dann auf innerpolitisches Gebiet über.

Es bleibt noch übrig, fährt die Erklärung dann fort, uns vor dem Parlament

über die auswärtige Politik und über die Sicherung Frankreichs

auszusprechen.

Frankreich weist ausdrücklich jeden Gedanken an Annexionen oder Eroberungen zurück. Es will Sicherheit, es will den Frieden.

Zunächst für sich, aber auch für die anderen Völker. Unsere demokratische Regierung wird mit Festigkeit die Rechte unseres Landes verteidigen, wie sie in den Friedensverträgen niedergelegt sind.

Wir haben Anspruch auf Reparationen, wir verlangen sie im Namen der Gerechtigkeit.

Die neue internationale Ordnung, die wir wünschen, kann nicht auf eine Unbill aufgebaut sein. Sobald Deutschland hinsichtlich der Reparationen und der Sicherung sein Verhalten mit dem Friedensvertrag in Einklang gebracht hat, wird es ihm völlig freistehen, in den Völkerverbund einzutreten. Wir sind gegen die Politik der Isolierung und Gewalt (?!), die zu territorialen Besetzungen und zur Pfandnahme führt.

Ansichts des heutigen Standes der Dinge in Deutschland, der Notwendigkeit, nicht allein Frankreich, sondern alle Völker gegen eine neue Offensive nationalisierenden Allduitschums zu schützen, halten wir es

nicht für möglich, das Ruhrgebiet zu räumen,

bevor die Pfänder, wie sie von den Sachverständigen vorgelesen sind (deren Berichte wir ohne Hintergedanken annehmen), mit gerechten und wirksamen Bürgschaften für die Durchführung verknüpft und den zu ihrer Verwaltung besugten internationalen Organisationen übergeben sind. Wir halten es für nötig,

daß die Entwaffnung Deutschlands von den Alliierten gemeinsam überwacht

und sobald als möglich durch den Völkerverbund kontrolliert wird. Wir werden die Probleme der Sicherheit durch Garantieakte zu lösen haben, die selbst wieder der Kontrolle des Völkerverbundes unterstellt sein sollen.

Das vorausgeschickt erklären wir, daß unsere Regierung mit allen Mitteln dafür arbeiten wird, den Nationen, die das Vorbild Frankreich leiten soll, einen aufrichtigen und dauerhaften Frieden zu geben.

Um das Ergebnis zu erzielen, das wir erstreben, werden wir zunächst die Bande verstärken, die uns und unsere Alliierten und unsere Freunde vereinigen.

Wir werden versuchen, ihre Interessen zu verstehen, wie wir von ihnen Verständnis für die untrigen verlangen werden. Wir werden ihnen mit solcher Evidenz den Friedenswillen und die Loyalität Frankreichs beweisen, daß sie sich mit uns darin verständigen, jene Garantien der Sicherheit zu gewährleisten, die der Sachverständigenbericht vorsieht. Wir werden noch mehr tun. Frankreich weiß nichts von Haß. Es genügt ihm, sich auf die Gerechtigkeit zu stützen.

Unsere Regierung wird keine Schwäche kennen gegenüber denen, die in Deutschland es noch nicht aufgegeben haben, die Verträge zu verletzen und den Geist der Revanche und der monarchistischen Reaktion zu nähren.

Aber sie wünscht, daß die deutsche Demokratie sich kräftige. Sie ist schon jetzt zu Maßnahmen bereit.

Der Situationsausschuss, der von der Besatzungsbehörde gewählt worden ist, wird in eine rechtsgültige Begnadigungsmassnahme umgewandelt werden. Auch auf die politischen Verurteilten, ausgenommen diejenigen, die wegen Anschlüssen gegen die Sicherheit unserer Truppen verurteilt worden sind, wird die Amnestie angewandt werden. Gegen Angestellte, die nur auf Anweisung gehandelt haben, werden die Ausweisungsbefehle zurückgenommen werden. Die einzelnen Fälle werden besonders geprüft. Besser als alle Worte werden diese Beschlüsse beweisen, daß, wenn die deutsche Regierung ihrerseits die für die lokale Durchführung des Sachverständigenberichts erforderlichen Arbeiten beschleunigt, die französische Regierung den Bemühungen in Deutschland, das mit Entschlossenheit den Weg der Demokratie und des Friedens betritt, entgegenzukommen vermag.

Tragische Ereignisse, Abweichungen von der Demokratie, die uns von der Regierung in Moskau trennen, lassen uns nicht vergessen, daß das russische Volk lange mit uns auf den gemeinsamen Schlachtfeldern geblutet hat. Wir bereiten schon heute die Wiederaufnahme der normalen Beziehungen zu Rußland vor.

Die Aussprache.

Als erster ergreift der kommunistische Abg. Marcel Cachin das Wort.

Der Sachverständigenplan werde ebensowenig, wie alle anderen bisherigen Pläne des Reparationsproblems lösen.

Man könne in Deutschland kein Gold finden.

Man habe das Unrecht begangen, die deutschen Arbeiter beim Wiederaufbau abzulehnen, um kapitalistischer Interessen willen, und habe es endlich dazu gebracht, daß die französischen Truppen das Ruhrgebiet besetzten. Jetzt kündige man die Räumung unter gewissen Bedingungen an.

Die Bedeutung der Sachverständigenberichte bestehe darin, Deutschland und hierauf Frankreich unter die Herrschaft der anglofranzösischen Autokratie zu bringen.

Nach Cachin, der zum Schluß für die Wiederherstellung der Beziehungen zu Rußland sprach, ergreift der rechtsstehende Abgeordnete von Paris

Rollein

das Wort. In dem Augenblick, in dem sich Herriot nach London begeben, müsse man an ihn die Frage richten, unter welchen Bedingungen er den Versailles Frieden ausführen lassen wolle, und ob er ihn nicht etwa so interpretiere wie Leon Blum. Herriot müsse ebenselbst zum Ausdruck bringen, daß die Regierung nicht im entferntesten auf die wichtigen Friedensgarantien, die Nacht am linken Rheinufer, verzichte. Dem General Rollet spendete der Abgeordnete das wärmste Lob. Er habe es sogar verstanden, den belgischen Sozialistenführer Vandervelde von der deutschen Gefahr zu überzeugen. Herriot müsse seine ganze Kraft darauf verwenden, um die Rechte und Sicherheit Frankreichs zu verteidigen. Er dürfe niemals einen noch so großzügigen Idealismus den effektiven und sicheren Garantien des französischen Rechts und der französischen Sicherheit opfern.

Nach dieser Rede wurde die Sitzung gegen 6 Uhr abends unterbrochen. Nach Wiederaufnahme der Sitzung interpellierte der elbische Abgeordnete

Oberkirch.

Deutschland werde sein Möglichstes tun, den Sachverständigenbericht zunächst zu machen und seine Verpflichtungen nicht zu erfüllen. Die deutschen Nationalisten machten verzweifelte Anstrengungen, um die Monarchie wiederherzustellen. Der Endkampf gegen die deutsche Republik habe begonnen.